

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

52. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Bl., monatlich 22 Bl., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 28. Februar 1914

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Verammlungs-, Bergnügungsinserte ufm. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 25

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Stagnation und Reaktion. — Berufsbedingungen und Pflege der Augen.

Wohlfahrtschaft: Die deutsche Handelsvertragspolitik in der Gegenwart.

Korrespondenzen: Berlin (Schr.). — Breslau. — Weggendorf. — Fulda. — Hamburg (Schr.). — Kato-Altensteig. — Köslin. — Offenbach a. M. (Schr.). — Posen (M.-S.). — Regensburg (M.-M.). — Straßburg i. Elz. — Weimar. — Wernigerode a. S.

Rundschau: Zum Besuche der Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig durch die Kollegenchaft. — Fünftägig Jubiläum. — Der Mörder des Kollegen Solinger vor Gericht. — Bestrafter Betriebskassenrat. — Arbeitererrat. — Wie Unfälle entstehen! — Innungsprämie für Nahrungsmittelhändler. — Juristische Unterdrückung der Wahrheit. — Vom „Segen“ der Einfuhrschweine. — Die deportierten libanesischen Arbeiterführer.

□ □ Stagnation und Reaktion □ □

Die Vorgänge im öffentlichen und parlamentarischen Leben Deutschlands zwingen zu ernsthaften Betrachtungen. Was sich in den letzten drei Monaten im Reichstag, in den Landtagen der größten Bundesstaaten abgepielt, was in der Tagespresse aller Schattierungen den hauptsächlichsten Diskussionsstoff abgegeben und was in den sozialpolitischen Zeitschriften wie in der sozialen Literatur im Vordergrund gestanden, das alles muß, in die richtigen Zusammenhänge gerückt, auch vom „Korr.“ wieder einmal seinen Lesern in einer gemeinverständlichen Darstellung vor Augen geführt werden. Denn die Interessen der Arbeiterschaft bildeten den springenden Punkt und Lebensfragen ihrer Organisationen wurden aufs festste dabei berührt.

Die parlamentarischen Debatten der jüngsten Zeit sind gewiß ein Gradmesser, zu welcher Bedeutung die Arbeiterbewegung gelangt, sie lassen aber auch erkennen, was alles am Werk ist, die Machtmittel des Staates gegen den mehr und mehr zum Selbstbewußtsein gelangenden vierten Stand aufzurufen und, wenn und wie nur möglich, zur Entfaltung zu bringen. An sich könnte man es ja zufrieden sein, daß die Arbeiterfrage solche Wellen schlägt. Aber es handelt sich hier nicht mehr um akademische Erörterungen, sondern tatverlangend erhebt die Reaktion ihr Haupt. Die mit allen Mitteln angestrebte Zurückdrängung zeitgemäßer Fortschritte hat nur zu leicht den Rückschritt auf den speziell für die Arbeiterschaft wichtigen Gebieten zur Folge. Eine Abwehrstellung ergibt sich somit auch für uns Buchdrucker.

Der „Korr.“ läßt es an der nötigen Aufklärung auch darüber nicht fehlen. Zu Ende des vergangenen Jahres ist in den vier Artikeln „Verständigungs- oder Desperadopolitik?“ (Nr. 136—140) und in dem Aufsatz „Schutz der nationalen Arbeit“ (Nr. 149) gezeigt worden, was auf dem Spiele steht. Der volkswirtschaftliche Artikel in Nr. 19 d. J. über die Ursachen und die Folgen der sozialpolitischen Reaktion entrollte ein Bild, wohin wir bei diesem Kurse steuern, und auch sonst wird nichts verabsäumt, den deutschen Buchdruckern zu demonstrieren, in welchen ernsten Zeitläufen wir leben. Es wäre also eine geistige Unterernährung unserer Kollegenchaft nicht zu befürchten. Wenn trotzdem die Denkrägheit noch einen unerwünschten Umfang hat, so ist es nicht die Schuld des „Korr.“. Wahrheiten predigen und die richtige Erkenntnis vorbereiten, ist nun einmal schwerer als Phrasen drehen und die weniger guten Instinkte im Menschen aufzusacheln. Wer aber jetzt noch den drohenden Zeichen der Zeit sich verschließt, der drücke sich still beiße, denn zur Wahrnehmung seiner eignen Interessen kann niemand fähig sein,

der inmitten der aufwühlenden Gegenwartskämpfe stumpf und gleichgültig in der alten Interesslosigkeit verbarrt und das liebe Ich allen Notwendigkeiten des Tages voranstellt.

Was im Reichstage zwanzig Tage lang sich bei dem Kapitel der Sozialpolitik geseigt, in den Landtagen von Preußen und Sachsen als ein Spiegelbild zweckbewusster Vorstöße der Reaktion sich unsern Augen geboten, in denen von Bayern, Würtemberg und Baden bei den Etats der Minister des Innern in weniger unerfreulicher Weise sich offenbarte resp. weiter noch bekundete, kann hier natürlich nur in Federzeichnung gebracht werden. Wir werden den riesenhaft umfanglichen Stoff in einigen Artikeln zu meistern bemüht sein. Spätere ergänzende Betrachtungen sollen diese oder jene Frage noch im Detail behandeln bzw. das Gesamtbild der auf den für die Arbeiterschaft wichtigsten Gebieten sich förmlich gewaltsam breitmachenden Stagnation und Reaktion abschließen.

Die reaktionären Erscheinungen häufen sich seit etwa November v. J. mit einer Eindringlichkeit wie wohl nie zuvor. Die rückschrittlichen Elemente scheinen aufs Ganze gehen zu wollen. Die Vorgänge in Elsaß-Lothringen, die außerhalb des unsrer Betrachtungen gesteckten Rahmens liegen, wie die gleichfalls nur zu erwähnende unsterbliche Blamage des neugegründeten Preußenbundes sind die stärksten und zugleich übelsten Merkmale dieser neuen Strömung gewesen, deren Auftauchen an und für sich schon das schlechteste Dokument für unsre Zeit ist.

Die von den „geborenen Gesehobern“ und patentierten Kanzlersfürsorgern gegen Herrn v. Besmann Hollweg im preussischen Herrenhaus und im preussischen Landtage geführten weithin hallenden Urtschläge betreffen keinen Zweifel mehr, daß es sich bei den echtpreussischen Leuten nicht allein um eine Kampfpolitik gegen die aufstrebenden Massen handelt. Ihr Ziel geht schon weiter: sie verwerfen jede Demokratie und streben mit Eifer ein autokratisches Regiment an. Wobei ihr altes Motto sich wieder und wieder erneuert: „Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut!“

Man macht aus keinem Herzen keine Mördergrube mehr. Die liebenswürdige Aufforderung des Führers der Konservativen im preussischen Abgeordnetenhaus an die Adresse des kleinen sozialdemokratischen Fähnleins in der Prinz-Albrecht-Straße: Bitte, machen Sie doch Revolution! ist das unverhüllteste Bekenntnis zur Gewaltpolitik. Dabei läßt das je länger desto deutlicher bekundete Mißfallen derer um Herdebrand gegen den gegenwärtigen Reichskanzler klar erkennen, daß dieser wirklich agrarische Kanzler durchaus nicht der Mann ihres Herzens ist. Die Rede Besmann Hollwegs beim Festmahle des Deutschen Landwirtschaftsrats in der zweiten Februarwoche hat bei den „Triariern seiner Majestät“ das Gegenteil von Befriedigung ausgelöst, obwohl sie zum Grundtone hatte: Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie! Weil Herr v. Besmann Hollweg trotz seiner Schwächen und zwiespältigen Natur im Kerne seines Wesens doch ein ehrlicher Mann ist, weil er nicht auf jede Logik verzichtet und nicht mit brutaler Interesseneinseitigkeit Preußen zum erklärten Obervornunde des Reichs machen will, deshalb zürnen ihm die agrarischen Götter und halten Ausblick nach dem bewußten stärkern Manne. Denn

auch gegen die Arbeiterklasse will der fünfte Reichskanzler nicht das von den Konservativen empfohlene Rezept der nackten Gewalt anwenden, was ihm nicht minder schwer angekreidet wird.

Die dritte Februarwoche mit dem alljährlichen großen Stelldichein der echten wie der Aspalt-agrarier der Dessauer Straße in Berlin hat die vorausgegangenen rückschrittlichen Deklamationen vom Deutschen Landwirtschaftsrat in Neuauflage gebracht, nur daß die „Agrarierproleten“ sich nicht so hohen Befuchs und dito Beifalls erfreuen durften. Der Bund der Landwirte — B(und) d(er) L(änd)er(macher) will der „Mk“ diese honeste Firma verstanden wissen — möchte gleichfalls die Freizügigkeit beschränken, dem Reichstage das Recht der Mitwirkung bei den Handelsverträgen nehmen und ist nicht nur für Stillstand, sondern auch für Rückwärtsrevidierung der Sozialgesetzgebung. Dabei erfreut sich die eigentlich wirtschaftliche, tatsächlich weit überwiegend aber politische Organisation der Landwirte in unsrer Zeit eines verschärften Polizeikampfes gegen die Gewerkschaften zum Zweck ihrer Politischerklärung ungehinderter politischer Betätigung.

Wie im Reichstage die Westarp, Winkler, Gräbe die konservative Weltanschauung als ausgesprochene Reaktionsbestrebungen erkennen ließen und damit den von Professor Brentano im „Berliner Tageblatt“ Mitte Dezember v. J. so hübsch beleuchteten „konstruktiven und dekonstruktiven Konservatismus“ drastisch betonten, wird kurz bei den einzelnen Materialien gesagt werden. Im preussischen Abgeordnetenhaus wie im sächsischen Landtag und zum Teil auch in der ersten sächsischen Kammer war man um vieles deutlicher. Die Mehnert, Böhme und Opitz in Dresden wie die Gröber, Jedlik, Kardorff, Lohmann, Fuhrmann und Röckling — letztere beiden zwei Spezialausgaben des Nationalliberalismus — in der preussischen Landstube haben mit ihren Reden einen ungemein entwickelten reaktionären Zug erkennen lassen, der sich in erster Linie gegen die Arbeiterorganisationen wendet. Allerdings wird den rückschrittlichen Gelüsten manchmal ein irreführendes Etikett gegeben, da darf man sich eben nicht täuschen lassen.

Es wäre aber ungerecht, sollte etwa Kardorff der Jüngere mit seiner heillosen Scharfmacherei im preussischen Landtag als übelstes Produkt den parlamentarischen Kämpfen zur Last gelegt werden. Der am 19. Januar d. J. vom „Vorwärts“ veröffentlichte Brief des Grobinudstriellen Schichau in Elbing an den Professor der Scharfmachergelehrsamkeit Ludwig Bernhard in Berlin gibt genügend Aufschluß, daß außerhalb der Parlamente der reaktionäre Geist gerade so im Erstarken begriffen ist. Wie da in einem vom 7. März 1912 datierten Briefe Schichau, der Besitzer der bekannten großen Werken, von „grenzenloser Gesehsmacherei“ spricht und die Behauptung aufstellt: „Es werden Gesehe gemacht wie Sand am Meer; sie ziehen förmlich wie eine Heuschreckeplage über unsre deutsche Industrie“, ist charakteristisch für die Auffassung in tonangebenden Unternehmerkreisen. Wenn Professor Bernhard von einer solchen Persönlichkeit erlucht wird, bei keinen „so einflußreichen Vorträgen“ im Sinne der Schichauschen Gedanken Anregungen zu geben, so kann man sich leicht denken, daß auf Abgeordnete noch mehr in diesem Sinn eingewirkt wird. Nämlich in dem, was Schichau die zwei wichtigsten Gesehe nennt, die not tun:

Das erste dieser beiden zu schaffenden Geleße ist die Herbeiführung eines wirklichen und ausreichenden Schutzes der arbeitwilligen Leute.

Das andere müßte sich gegen das Predigen der Berufsagitatoren, gegen ihre Verheißung der Arbeiter zur Revolution dem Arbeitgeber gegenüber richten, denn jeder klar denkende Mensch muß doch einsehen, daß diese elende und verführerische Fähigkeit der sogenannten gewerkschaftlichen, richtiggenannt sozialdemokratischen, also staats- und ordnungsfeindlichen Agitatoren über kurz oder lang bei immer weiter fortgehender Verheißung und Verführung der Volksmassen schließlich zur allgemeinen Revolution führen muß.

Das ist ein kräftiges Zeugnis des Geistes, das die Stagnation auf sozialpolitischem Gebiete herbeiführt, die zunehmende Reaktion verschuldet — aber noch viel weiter strebt!

Berufschädigungen und Pflege der Augen

Bei verschiedenen Formen der Berufstätigkeit sind die Augen vielen Schäden und Gefahren ausgesetzt. Neben der nachteiligen Einwirkung zu heißer und staubiger Luft und neben einer Anstrengung der Augen durch feinere Nahearbeit bei schlechter Beleuchtung kommen noch viele andere Schädlichkeiten, vor allen Augenverletzungen verschiedener Art, in Betracht.

Durch entsprechende Vorkehrung, durch Gebrauch von Schutzmitteln und rechtzeitige ärztliche Behandlung können die vielfachen Gefahren wenn nicht immer ganz beseitigt, so doch bedeutend vermindert werden.

Die Berufsarbeit bringt Augenschädigungen verschiedener Art mit sich. Besonders gefährdet sind solche Berufe, wo bei der Bearbeitung des Materials Metalle, Stein- und andre Splitter abspringen und gegen das Auge fliegen können. Hierzu gehören Schlosser, Schmiede, Maschinenbauer, Steinhauer, Metallarbeiter usw. Die abgeprungenen Teilchen können in der Hornhaut sitzen bleiben, aber auch dieselbe durchschlägen, die Linse trüben (Wundstar) oder noch tiefere Teile des Auges verletzen. In die Hornhaut eingedrungene Fremdkörper sind gewöhnlich zu entfernen, aber es gehört dazu die gelübte Hand eines sachkundigen Arztes. Es ist ein Unheil, wenn Arbeiter an sich selbst oder andern mit unsauberen Händen oder Instrumenten solche Entfernungsvorläufe machen. Es kann nachdem eine Entzündung entstehen, die oft eine dicke, das Sehen sehr schädigende Narbe hinterlassen kann. Sind Säuren in das Auge gespritzt, so ist schwache Sodaaflauge, sind Laugen in das Auge gekommen, so ist Milch anzuwenden. Bei den meisten Augenverletzungen ist das Warten auf ärztliche Hilfe dringend anzuraten, da durch den Selbstverlust kein Schaden entsteht; eine Ausnahme machen die Kaltverletzungen.

Von den gewerblichen Giften vermögen einige unmittelbar das Auge zu schädigen, wie Ammoniak, Chlor, Formalin usw. Bei den andern wird das Auge durch die Folgen einer allgemeinen Vergiftung in Mitleidenschaft gezogen, das ist bei der Beschäftigung mit Blei, Arsen, Schwefelkohlenstoff, Nitrobenzol, Phosphor, Quecksilber u. dgl. Giften der Fall. Diese Augenerkrankungen sind nur durch genaue Beachtung aller Schutzmaßregeln zu vermeiden.

Bei Beschäftigung in Räumen mit schlechter Luft, verbunden durch Rauch, Staub, Hitze oder Anwesenheit vieler Menschen, ist sehr häufig die akute und chronische Entzündung der Augenbindehaut zu beobachten. Beim Bindehautkatarrh sind des Morgens die Augen verklebt, und es besteht ein lästiges Gefühl eines Fremdkörpers, Brennen und Jucken, Blendung durch Licht, rasche Ermüdung der Augen bei der Arbeit. Am größten pflegen die Beschwerden des Abends zu sein.

Am eine Heilung des Augenleidens zu erzielen, ist eine lange Zeit fortzusetzende ärztliche Behandlung notwendig sowie die Beseitigung der Schädlichkeiten, die das Leiden verursacht haben. Auch bei jahrelang fortgesetztem übermäßigen Genuße von Tabak und Alkohol kommt es nicht selten infolge der Schwermetallvergiftung zu erheblichen Sehstörungen, die sogar zum Verluste des Erwerbvermögens führen können. Wenn das Leiden rechtzeitig zur Behandlung kommt, die vor allem eine Entlastung von Alkohol und Tabak erfordert, ist eine völlige Heilung möglich.

Die richtige Berufswahl ist für die Erhaltung der Sehkraft sowie für die Verhütung der Augenschädigungen von wesentlicher Bedeutung. Menschen, die schon als Kind häufig an äußeren Augenentzündungen gelitten, müssen von Arbeit, bei der erhebliche Staubentwicklung stattfindet, die mit zu großer Lichtintensität verbunden ist, fernbleiben. Buchdrucker, Kupferstecher, Maler, Zeichner, Feinmechaniker u. dgl. Berufe erfordern eine gute Sehkraft. Gärtner, Buchbinder, Zigarrenarbeiter, Köche, Bäcker usw. kommen mit einer geringeren Sehkraft aus. Ein Farbenblinder kann naturgemäß nicht Maler werden. Er eignet sich auch nicht zum Seebdienst und ebensowenig bei der Eisenbahn im Aufwachenste. Einmägde oder nur auf einem Auge Sehende dürfen nicht Berufe ergreifen, bei denen eine genaue Tiefenschätzung verlangt wird, z. B. der des Mechanikers oder des Ingenieurs usw.

Für die Gesunderhaltung der Augen ist die Art der Beleuchtung von großer Bedeutung. Die beste Beleuchtung ist das Tageslicht. Nur aber muß zu starke Beleuchtung des Auges durch direktes Sonnenlicht oder zu großes Tageslicht vermieden werden.

Von den künstlichen Lichtquellen ist das elektrische Licht das beste, da es mit grober, gleichmäßiger Hellheit keine Verschlechterung der Luft, geringe Wärme-erzeugung, minimale Feuergefahr und leichte, bequeme Bedienung verbindet. Empfehlenswert ist auch die Benutzung von Muerchem Gasglühlicht, das ein gleichmäßiges, ruhiges, weiches, dem Tageslichte sich näherndes Licht bietet. Zu verwerfen sind die Gaslampen ohne Zylinder, deren Licht hin- und herchwankt und für das Auge schädlich ist. Eine gute, mit großem Rumbrenner und entsprechender Trieb-erleuchte Petroleumlampe liefert für einen Arbeits-licht eine ausreichende Helligkeit. Für größere Räume, Schulen, Fabriken, Festhallen eignet sich auf die indirekte Beleuchtung. Die Lichtquellen werden einen halben Meter unter der Decke angebracht, die undurchsichtigen Schirme werfen einen großen Lichtkreis an die Decke, von dort werden die Lichtstrahlen nach unten reflektiert. Es ist notwendig, daß alle Lichtquellen mit entsprechenden Schutzvorrichtungen versehen sind, um zu verhüten, daß die Augen durch Streifenlicht in die Lichtquelle geblendet werden.

Zur Erhaltung der Sehkraft ist für die gehörige Ent-fernung der Augen von der Arbeit, d. i. ungefähr 30—35 cm, zu sorgen. Anstrengende Nahearbeit macht kurzichtig und schwachsichtig. Augenarbeit bei mangelnder künstlicher Be-leuchtung sowie in der Dämmerung und bei Zwielicht ist sehr nachteilig; besonders gilt dies für die Feinarbeiter, Litho-graphen, Graveure, Zeichner, Näherinnen usw.

Das Lesen im Liegen ist zu verwerfen, weil dabei meist eine schlechte Beleuchtung vorhanden ist und niemals eine richtige Stellung der Augen.

Beim Lesen und Schreiben soll das Licht von links oder oben auf das Papier fallen. Es sei hier noch darauf hin-gewiesen, daß Brillen nur auf Anordnung eines Arztes getragen werden dürfen.

Eine besondere Sorgfalt erfordert die Pflege der Augen im schulpflichtigen Alter. Es ist festzulegen, daß die an-haltende Nahearbeit in der Schule kurzichtig macht und bereits vorhandene Kurzichtigkeit verstärkt. Schon die unrichtige Beschaffenheit der Schulbänke bedingt eine schlechte Körperhaltung. Infolgedessen nähert sich das Kind dem Leuchtbuch viel mehr, als nötig ist, was dauernde Schäd-igungen der Augen zur Folge hat. Sobald das Schul-kind über schlechtes Sehen klagt! ist unbedingt nötig, sofort den Rat eines Augenarztes einzuholen, um rechtzeitig das Augenleiden zu behandeln.

Zur Erhaltung der Sehkraft ist sehr empfehlenswert, nach der Arbeit — auch in den Arbeitspausen — die Augen ausruhen zu lassen, besonders durch den Blick in die Ferne, in das Grüne. Dr. med. F. R.

Volkswirtschaft

Die deutsche Handelsvertragspolitik in der Gegenwart.

Am 20. Januar d. J. erklärte der Staatssekretär Dr. Veitrich im deutschen Reichstage, daß die deutsche Reichsregierung die zurzeit bestehenden und geltenden Han-delsverträge nicht kündigen werde und auch an keine Vor-lage einer Zolltarifnovelle denke. Es soll wie in der Sozialpolitik auch in der Zollpolitik ein Stillstand, eine gewisse passive Resistenz eintreten. Der gegenwärtige Zu-stand der latenten Verteuerung der Lebensmittel und wich-tigsten Bedarfsartikel für die große Masse des Volkes soll damit konserviert, die ungerechte Bevorzugung einer kleinen Kaste der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten auf Kosten der erdrückend großen Mehrheit des deutschen Volkes beibehalten bleiben. Damit ist von offizieller Seite aus der Anstoß gegeben, daß alle Kreise des deutschen Volkes, die mit der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik ganz besonders zu rechnen haben, sich darüber klar werden sollten, was sie unter solchen Umständen zu tun und zu lassen haben. Zu diesen Interessentenkreisen gehören auch die Arbeiter und bei objektiver Erwägung in erster Linie ihre wirtschaftlichen Interessenvertretungen, die Gewerkschaften. Nun liegen aber in Deutschland infolge der öko-nomischen, historischen und rechtlichen Entwicklung die Ver-hältnisse so, daß wohl allen wirtschaftlichen Interessen-vertretungen der bestehenden Stufen, insbesondere jenen des Unternehmertums, eine weitgehende Beeinflussung der Wirt-schaftsregelgebung ohne besondere Widerstand von oben eingeräumt ist, dagegen den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterchaft nicht. Ihnen wird als verbodene poli-tische Betätigung angedreht und erschwert, was jene als selbstverständliche Wahrnehmung berechtigter Interessen auf breiter Grundlage sogar unter Missbrauch von offiziellen Regierungsvertretern betreiben dürfen. Diese mehr oder weniger spezifisch deutschen und, genauer betrachtet, halb osteuropäischen Verhältnisse bedingen es, daß auch wir weniger aktiv als passiv zu diesen wichtigen Wirtschaftsfragen Stellung nehmen und lediglich unsere Meinung dazu sagen dürfen, ohne ernstlich hoffen zu können, etwas andres als entsprechendes Verständnis bei unsern Lesern dafür zu finden und unter weiterziehenden Umständen auch ebensolche Aufgabenstellung auf dem zukünftigen Gebiet anzugehen. In diesem Sinne können daher die vorliegenden Betrachtungen auch nur informativen Charakter haben. Sie sollen unsern Lesern in gedrängter Weise vor Augen führen, woran es liegt, daß das, was wir durch unsre auf freier Grundlage aufgebauete Gewerkschaft materiell bisher er-reicht haben, nur in sehr beschränkter Weise den all-gemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen gerecht zu werden vermag. Und daß sich auf neue Tendenzen zeigen, die von außerhalb unsrer gewerblichen Machtspäre weitere Fern-mungen gegen sehr wünschenswerte und notwendige wirt-schaftliche Fortschritte aufzurichten geeignet sind. Letzten Endes haben wir es also hier mit Erscheinungen zu tun, die nachteilig auf unsre Tarif- und Gewerkschaftspolitik zurückwirken,

weil uns als Arbeitern dadurch die verschärfte Notwendig-keit aufgezungen wird, den Wert unsrer Arbeitskraft nach einem Maßstabe zu berechnen, der außerhalb unsres Ein-flussbereichs liegt, und zwar auf dem Gebiete der Zoll- und Handelspolitik.

Unter den gleichen Voraussetzungen haben wir schon früher, zuletzt in relativ ausführlicher Weise in Nr. 121 des vorigen Jahrgangs, in einem Aufsatz unter der Über-schrift „Deutsche Handelsvertrags-, Zoll- und Wirtschafts-politik“ das vorliegende Thema behandelt. Der damalige erste Aufmarsch der mehr oder weniger arbeitserindlichen Interessentengruppen an der gegenwärtigen deutschen Han-delsvertrags- und Zollpolitik gab uns dazu besondere Ver-anlassung. Im Anschluß an eine kurze Darstellung der all-gemeinen Lage in wirtschaftlicher und kultureller Be-ziehung gaben wir unsern Lesern ein zusammenfassendes Bild über die Entwicklung, Ursachen und Wirkungen der deutschen Wirtschaftspolitik, wie sie sich besonders in der Zoll- und Handelsvertragspolitik seit Bestehen des Deutschen Reichs veränderte. Was wir damals den Lesern des „Aor.“ unterbreiteten, gilt auch heute noch in vollem Um-fange. Wir können uns daher eine nochmalige ein-gehende Darstellung dieser geschichtlichen Entwicklung und des gegenwärtigen Zustandes ersparen, denn es hat sich nichts geändert und nichts gebessert. Nur das eine wäre ergänzend nachzutragen, daß die von uns damals schon be-sonders gewürdigten Gegenströmungen im Ausland, in den Vereinigten Staaten, in England und in Rußland, nicht minder aber auch die inländische Kritik der gegenwärtigen deutschen Handelsvertragspolitik mittlerweile dazu bei-getragen haben, die Reichsregierung auf den Standpunkt des passiven Widerstandes gegen weitere Verschlechterungen, aber auch gegen Verbesserungen zu drängen. Was ist der gegenwärtige Stand der Dinge, mit dem wir uns vertraut zu machen haben.

Bevor wir jedoch näher darauf eingehen, wollen wir die Bedeutung der Zoll- und Einfuhr für die wirtschaft-lichen Zustände in Deutschland etwas genauer betrachten. In erster Linie kommt die Tatsache in Betracht, daß für Deutschland infolge seiner starken Bevölkerungszunahme und seiner außerordentlichen industriellen Entwicklung die Einfuhr von Lebensmitteln und von Rohstoffen für die Industrie ebenso wichtig und unentbehrlich geworden ist wie die Ausfuhr von halb- oder ganzfertigen Industrie-produkten. Die alte merkantilistische Handelsbilanztheorie, wonach ein Überwiegen der Ausfuhr über die Einfuhr für ein Land vorteilhafter sei, hat für Deutschland wie für die meisten Kulturstaaten der Neuzeit keine Berechtigung mehr. Auch die Entwicklung des deutschen Gesamt-einhandels, der die Gesamt-aus- und -einfuhr mit Ausnahme der un-mittelbaren Durchfuhr enthält, zeigt nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich eine Richtung, die an-deutet, daß die Einfuhr von Lebensmitteln, Rohstoffen, und die Ausfuhr von fertigen Industrieprodukten eine außerordentliche Abhängigkeit Deutschlands vom Welt-markte mit sich gebracht hat. Seit dem Jahre 1907 hat sich der Wert der Einfuhr von Rohstoffen für Industrie-zwecke, einschließlich der halbfertigen Waren, von 5,2 Mil-larden auf 6,0 Milliarden Mark im Jahre 1912 erhöht, die Ausfuhr dagegen nur von 1,8 Milliarden Mark an Wert auf 2,5 Milliarden Mark. Die Ausfuhr von fertigen Waren erhöhte sich aber in der gleichen Periode von 4,8 Milliarden Mark an Wert auf 6,0 Milliarden Mark, während sich die Einfuhr nur von 1,6 Milliarden Mark auf 1,9 Milliarden Mark an Wert steigerte. An Nahrungs- und Genussmitteln wurden im Jahre 1907 für 2,5 Mil-larden Mark, im Jahre 1912 aber für 3,3 Milliarden Mark eingeführt, ausgeführt im Jahre 1907 dagegen nur für 0,7 Milliarden Mark und im Jahre 1912 für 1,2 Mil-larden Mark. Daraus ergibt sich mit aller Deutlichkeit, daß Deutschland in zunehmendem Maße das Ausland als Lieferant von Rohmaterialien und Nahrungs- und Genuss-mitteln braucht, nicht minder aber auch als Abnehmer deutscher Industriewaren. Anzunehmen, daß dieses Ver-hältnis in absehbarer Zeit ein besseres werde, d. h. Deutsch-land auf ökonomischen Gebiete vom Ausland unabhängiger werde, ist eine Utopie. Dazu sind die geologischen, klima-tischen, historischen und politischen Verhältnisse Deutschlands viel zu ungünstig. Und darum beweisen diese Ziffern nur, wie notwendig es ist, daß sich Deutschland sowohl die günstigsten Einkaufsgebiete für Lebensmittel und Rohstoffe als auch die günstigsten Absatzgebiete für seine Industrie-produkte im Auslande sichern muß, wenn Nahrungsmittel und Arbeit in ausreichendem Maße für die Bevölkerung vorhanden sein sollen. Und darin liegt für uns der Schwerpunkt der Handelsvertragspolitik. Eine Ersche-terung der Schutzzölle und Beschränkung der Einfuhrverbote öffnet auswärtige billigere Märkte für Lebensmittel und schafft auch größere Absatzgebiete für die eignen Erzeug-nisse, führt zur natürlichen und intellektuellen Kräfteförde-rung in jeder Beziehung. Kund um uns her auf der Welt, sogar im dunklen Ausland, ist man so hell geworden, das einzusehen und sucht sich nach dieser Richtung neu zu orien-tieren. Bei uns aber in Deutschland rufen sich die In-stitutionen und Organisationen, die das Heft der Staats-verwaltung in Händen haben oder zu dringern verstehen, die Zollmauer noch dichter, lückentloser zu machen oder die bisherige Zenerungsolitik auf neue zu konsolidieren. Eine für die gesamte Volkswirtschaft äußerst gefährliche Stolpe-rungsolitik fortzusetzen oder gar noch zu verschärfen. Agrarier und Schwerindustrie, die allen Volksfeinde, haben wieder Waffenbrüderchaft geschlossen und fordern eine „aktive“, keine „passive“ Handelspolitik. Sowohl der Zent-ralverband der Industriellen als auch der Bund der Land-wirte fordern einen lückentlosen Zolltarif. Der letztere fordert höhere Ob- und Genusszölle, um sich etwas bauernfreundlicher zu geben und zu vertuschen, daß der Bismarck-Wucherer selbst dem kleinen Landwirte seine

Bedarfmittel und seinen Boden verteuert. Im preussischen Abgeordnetenhaus forderten konservative, freikonserervative, zentristische und nationalliberale Redner erst vor wenigen Tagen hohe Zölle auf Gemise, Obst, Honig und Seefische. Und der Zentralverband Deutscher Industrieller äußerte sich schon sehr bedenkl. über die von Dr. Delbrück kundgegebene Absicht der Reichsregierung, weder an dem allgemeinen Zolltarife noch an den Vertragstarifen Änderungen vorzunehmen. Die Regierung gibt sich nach Ansicht dieser Herren einer verhängnisvollen Täuschung hin, wenn sie glaubt, die bisherigen Handelsverträge unverändert auf längere Zeit fortlassen zu können. Der Zentralverband Deutscher Industrieller hat ein hauptsächlich Interesse an Rohstoffen und wünscht die Fernhaltung der ausländischen Rohstoffe durch hohe Zölle, um die von der sogenannten Schwerindustrie erzeugten Rohstoffe im Inland um so höher verkaufen zu können. Zu diesem Sinne gehen die Interessen des Zentralverbandes Deutscher Industrieller und der Großagrarien Hand in Hand. Beide möchten sich die ausländischen Konkurrenten vom Kasse halten, um die Bevölkerung des Inlandes um so ungesförter kräftigen zu können. Dem entgegengegesetzte Interessen hat eine andere große Zentralorganisation, und zwar der Bund der Industriellen, dem hauptsächlich Unternehmer der verarbeitenden Industrie angehören. Diese sind auf möglichst billige Rohstoffe angewiesen, damit sie mit dem Auslande konkurrieren können. Sie möchten Handelsverträge, die ihnen billige Rohstoffe zuführen und ihren Produkten den weitesten Absatz im Inland und im Auslande sichern. Zum Zweck einer Revision der bestehenden Handelsverträge in diesem Sinne hat daher der Bund der Industriellen bereits umfangreiche Vorarbeiten getroffen. Er hat Sachauschüsse für die meisten Industriezweige gebildet, denen die Aufgabe zugewiesen ist, die Wirkung der bisherigen Handelsverträge für jeden einzelnen Industriezweig festzustellen und danach die Wünsche für neue Tarifpositionen aufzustellen und zu begründen.

So zeigt sich schon in allen Interessengruppen des Inlandes eine rührige Agitation, die dahin zielt, entgegen dem Wunsche der Reichsregierung eine andere Regelung der Handelsverträge einzuleiten und auch durchzuführen. Nun kann aber kein Zweifel darüber bestehen, daß eine künstliche Begünstigung der inländischen Industrie und Landwirtschaft nur auf Kosten der Konkurrenten möglich wäre und außerdem das Ausland zu Gegenmaßnahmen freiben würde. Nach all dem kann es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß wir trotz der Regierungserklärung neuen schweren Kämpfen um die künftigen Handelsverträge in Deutschland entgegengehen. Und leider ist die gegenwärtige Zusammenlegung des Reichstags keine solche, die für die von der gegenwärtigen deutschen Zoll- und Handelsvertragspolitik am meisten Bedrückten katastrale Hilfe erwarten läßt. Zwar werden sowohl die Agrarier wie auch die Herren der Schwerindustrie dabei kaum auf ihre volle Rechnung kommen, aber ihre Macht ist groß, und wenn sie schließlich auch keine Befriedigung ihrer noch weitergehenden Wünsche erreichen werden, so dürfte ihr Einfluß doch so weit reichen, die Regierung in ihrem passiven Widerstande gegen eine gründliche Änderung der bisherigen Wirtschaftspolitik dem Auslande gegenüber zu stärken. Und schon haben die Agrarier einen neuen Weg ausgedacht, um auch diese Möglichkeit zu durchkreuzen. Auf der vor kurzem erst abgehaltenen Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats, der sozusagen als „Bundesrat“ der Großagrarien einzuführen ist, und nach mancherlei Erfahrungen in der Vergangenheit sogar mehr Macht und Einfluß auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung zu besitzen scheint als der wirkliche Bundesrat des Deutschen Reichs, hat der Präsident dieses Deutschen Landwirtschaftsrats mit aller Offenheit die Forderung aufgestellt, der Reichstag möge auf sein Genehmigungsrecht für die von der Reichsregierung abgeschlossenen Handelsverträge überhaupt verzichten. Diese Forderung sollte der Regierung ganz allein überlassen bleiben, dadurch würde die ganze Handelspolitik im Sinne der Agrarier eine größere „Beweglichkeit“ bekommen. Gleichzeitig verlangte diese Gesellschaft auch ganz dreist, daß bei den neuen Handelsverträgen nicht unter die bisherigen Säule des Vertragstarifs heruntergegangen werden dürfe. Es wäre den Agrariern natürlich ganz angenehm, wenn sie dem Reichstage jeden Einfluß auf die Gestaltung der Handelsverträge entziehen könnten. Sie könnten dann um so mehr im trüben fischen. Daraus entstehende Zollkriege mit dem Auslande würden die Einfuhr von Lebensmitteln unterbinden und die inländischen Lebensmittelproduzenten könnten die Preise nach Herzenslust diktiert.

Wer von unfern Lesern sich nun der Mühe unterziehen will, sich die vorstehend zusammengefaßten Tatsachen etwas tiefer und nachhaltiger durch den Kopf gehen zu lassen, der wird finden, daß sich in diesen wirtschafts- und handelspolitischen Verhältnissen der Zeitpunkt vieler neuerlicher Strömungen gegen und für die Arbeiterchaft finden läßt. Die Herren Großgrundbesitzer und Großkapitalisten sind Schürer und Heber gegen das Ausland als wirtschaftlicher Konkurrent und gegen die Arbeiterchaft im Inlande, die sich nicht mehr wie bisher das Fell über die Ohren ziehen lassen will. Mitten in diesem Getriebe steht die Industrie der Fertigwaren und der ganze sogenannte Mittelstand. Von dieser Seite werden zum großen Teile billigere Lebensmittel und Rohstoffe gewünscht, damit die Kosten der Inlandsproduktion geringer werden und die Konkurrenz mit dem Auslande erleichtert wird. Ihre Interessen sind also mit den unfrigen ziemlich identisch und doch fühlen sie sich mehr zu den volkseigenen, brutalegoistischen Zielen der industriellen und agrarischen Hochschulzömler hingezogen. Weil sie eben ganz instinktiv fühlen, daß eine Entspannung der wirtschaftlichen Lage, die auch in höherem Grade der Arbeiterchaft guttun könnte, die Wirtschaft der letzten stärken würde. Darum werden alle Arbeiter

auf daran tun, sich immer noch mehr damit vertraut zu machen, daß ihnen von keiner andern Seite wirkliche Erschütterung und Befreiung gebracht werden kann, als in der Hauptsache nur aus eigener Kraft. Und diese Macht der eigenen Kraft hat sich auch auf dem Gebiete der Handelspolitik in der gleichen Richtung zu bewegen, wie überall dort, wo es den Gewerkschaften aus eigenen Kräften nicht möglich ist, direkt einzugreifen. Es ist die staatsbürgerliche Pflicht, die hier in Frage kommt. In jedem, der nach den jeweils für ihn maßgebenden Landes- und Reichsgeboten dazu berechtigt ist, tritt hier die Pflicht heran, überall und zu jeder Zeit seine Schuldigkeit zu tun, seine Stimme aktiv oder passiv so in die Waagschale zu werfen, daß die Zahl derjenigen, die den verantwortlichen Stellen und Instanzen in Gemeinde, Staat und Reich gegenüber die Interessen der Arbeiterchaft und der großen Volksmehrheit zu vertreten haben, immer größer und wichtiger wird. Das ist eine Aufgabe, die jedem denkenden Arbeiter in Fleisch und Blut übergehen muß. Aber darüber hinaus wird es auch gut sein, wenn man sich nicht dem naiven Glauben hingibt, damit alles getan zu haben, was möglich ist. Das wäre eine schlimme Täuschung. Denn die Ansichten, daß in absehbarer Zeit auf diesem Weg eine merkliche Besserung erzielt werden könnte, sind sehr gering. Das beweist schon der Standpunkt der Regierung, die ihre Pappentimer im Reichstage ganz genau kennt. Immerhin darf nichts unverdacht bleiben, um wenigstens den Agrariern noch deutlicher als bisher begrifflich zu machen, daß das deutsche Volk nicht allein für sie zu küssen und zu sparen hat, sondern auch ein Recht zum Leben hat. Weil wir aber aus Erfahrung wissen, daß wir es bei den Agrariern und Großkapitalisten fast durchweg mit Leuten zu tun haben, die „warm angezogen“ sind und infolgedessen noch manchen harten Sturm zu ertragen imstande sind, wird es nicht weniger gut sein, wenn wir auch noch in anderer Richtung etwas mehr als bisher tätig sind, und zwar auf gewerkschaftlichem Gebiete. Hier heißt es, sich mehr und mehr darauf vorbereiten, die ökonomischen Kräfte einheitlicher und damit auch erfolgreicher verwenden zu können. Denn so oder so müssen die Zeiten, die eine feudal-kapitalistische Interessenspolitik der großen Volksmehrheit und damit auch der Arbeiterchaft aufbürdet, irgendwo wieder hereingebredt werden. Und das kann zunächst nur auf dem Gebiete der Lohnfrage geschehen. Und damit ist auch für jeden Gewerkschaftler die deutsche Handelsvertragspolitik in der Gegenwart zu einer wichtigen Frage geworden, von deren fernerer Entwicklung die Gewerkschaftspolitik und -tätigkeit stark beeinflusst wird.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. (Verein der in Schriftgiebereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.) In der Versammlung am 4. Februar gedachte der Vorsitzende der jüngst verstorbenen Mitglieder, Witwe Nippel und Heinrich Danzig und besonders des früheren „Korr.“-Redakteurs Ludwig Kerkhauer. Sein Eintreten für unre Interessens soll ihm unergessen bleiben. In der Jahresbetrachtung des verstorbenen Jahrs hat der Vorsitzende zu dem Resultate, daß es ein Friedenjahr gewesen sei. Die Hoffnung auf eine Hebung des Gewerbes nach dem Balkankriege habe sich als trügerisch erwiesen. Der Export nach den Balkanstaaten, an dem auch Berliner Schriftgiebereien beteiligt sind, hat sich noch nicht wieder belebt. Die Krise dauert weiter, besonders für uns Schriftgieber, da die Schmachlinie immer weitere Fortschritte macht. Wir haben gegenwärtig 20 Arbeitslose, darunter fast die ganze Gesellschaft einer Gieberei, die angeblich mit Garbungsregulierung beschäftigt ist. Es wäre für die Gesellen bedauerlich, wenn diese Firma vom Plage verschwinde. Wir werden damit rechnen müssen, daß ein weiterer Teil der Kollegen vom Beruf abgehen muß, dabei haben wir die Beobachtung gemacht, daß die Geschäftsleitungen ältere Arbeiter, die nicht mehr ganz so leistungsfähig sind wie jüngere, entlassen. Einem jüngeren Arbeiter wird der Übergang zu einem andern Gewerbe nicht so schwer sein wie einem, der schon 20 Jahre im Berufe tätig ist. Mit Befriedigung nahm die Versammlung Kenntnis von dem Tarifabschlusse der Hiereichlichen Schriftgieber. Die Zahl der Schriftgieber an der Monotypie beträgt jetzt in Berlin 22, vor einem Jahre waren es 11. Den Monotypiegehern wird wiederholt empfohlen, Mitglied der Maschinenlehrenvereinigung zu werden, wie es meistens schon geschehen ist. Die konditionellen Monotypiegehern wurden aufgefordert, sich auf dem Buchdruckerarbeitsnachweis in der Gornemannstraße zu melden; es ist schon vorgekommen, daß Gieher gesucht wurden und keiner dort war. Ferner wurde auf den Kongreßbeschlusse aufmerksam gemacht, daß Monotypiegehern, die zur Gieberei zurückkehren, ohne die Berechtigung vom Vorstand eingeholt zu haben, die Hälfte der Vorkosten zurückquerfallen haben. Die Entschiede der letzten Tarifschiedsgerichtssetzung wurden vom Vorsitzenden bekanntgegeben, ebenso das Resultat der Aussprache wegen Anbringung der Arbeitslosen, Einschränkung der Lehrlingszahl und bessere Ausbildung der Lehrlinge, Beschäftigung von Schriftgiehern in Suttlerankalen und Messinglinienarbeiten, Nichtentlassung der alten Arbeiter. Die Prinzipale wollen in einer Kreisversammlung diese Sachen beraten. Nach dem was die Gesellenvertreter zu hören bekommen, wird nicht viel dabei herauskommen. Die Weihnachtsammlung zur Unterstützung der Arbeitslosen, Invaliden und Witwen hat 278,60 Mk. ergeben. In dem Ausschusse der Allgemeinen Ortskrankenkasse ist ein Mitglied unseres Vereins vertreten. Zu dem Vorlesage Frankfurts, die Leipziger Buchgewerbestellung zu künftigen zu besuchen, soll erst Stellung genommen werden, nachdem

sich die Leipziger Kollegen dazu geäußert haben. Uns Berlinern hat die Prinzipalfür die gewünschten freien Tage auch zu einer andern Zeit in Aussicht gestellt. Mit den im Inkraft der Zentralkommission geäußerten Wünschen und Meinungen war die Verammlung einverstanden. Es erfolgte eine längere Aussprache über die vorgekommenen Entlassungen wegen Arbeitsmangel, wobei verschiedene Verheirathete in Betracht kommen. Betreffs der Einstellung von Lehrlingen zu Ostern sollen die Vertrauensleute noch einmal vorstellig werden und überhaupt geeignete Schritte unternommen werden, um die jungen Leute und deren Eltern über die Aussichten unfres Gewerbes aufzuklären. In einer großen Offizin ist es zu einem ernsthaften Konflikt wegen Entlassung eines Giehers nach 14jähriger Tätigkeit gekommen. Der Betrieb hat in allen Abteilungen stillgestanden bis Verhandlungen zugelegt wurden, die dann mit der Wiedereinstellung des Betroffenen endeten. Dabei haben wir eine Bestimmung im Tarife, daß weder Entlassungen noch Arbeitsverweigerung stattfinden dürfen, bevor nicht die Vorstehenden beider Organisationen verhandelt haben. Der Fall wurde vom Vorsitzenden bedauert. Des weitern wurde zur Sprache gebracht, daß es jetzt öfter vorkomme, daß die Gieher von einer Maschine zu andern gehen müssen, weshalb ein Modus zu schaffen sein wird, daß einem Gieher bestimmte Maschinen zugewiesen werden oder daß eine Vergütung gewährt wird. Alle Monats am Tarife sollen dem Vorstand unterbreitet werden. Die Wahl eines Mitgliedes der Technischen Kommission fiel auf den Kollegen Friß Fürst.

Breslau. Die am 8. Februar abgehaltene, von etwa 150 Kollegen besuchte Mitgliederversammlung, mit der auch eine Ausstellung von Neujahrskarten verbunden war, ehrte eingangs das Gedächtnis der verstorbenen Kollegen August Wehner und Alfred Schild sowie des Kollegen Kerkhauer, dem Vorsitzenden Särtel herrliche Worte widmete, in üblicher Weise. Sodann hielt Kollege C. Schmidt einen kurzen, fesselnden Vortrag über: „Neue Wege im Buchdruckgewerbe“, in welchem er die Neuerungen aller Berufszweige, im besondern Tiefdruck und Offsetverfahren, Revue passieren ließ und schließlich einen Appell zu enger Tätigkeit eines jeden, speziell auch in seiner Sparte, richtete. Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß die Generalversammlung auf den 8. März festgesetzt ist und eine Wahl zur Ortskrankenkasse, wegen Aufstellung nur einer Liste, nicht stattfinden. Den durch Unternehmervillwürigkeit ausgesparten nahezu 6000 Arbeitern der Linde-Hoffmann-Werke wurde vollste Sympathie zugesichert.

Regensburg. Die am 7. Februar abgehaltene Generalversammlung hatte sich eines zahlreichen Besuchs zu erfreuen. Nach Eröffnung und Begrüßung der Versammlung widmete Vorsitzender Hasenlopp dem verstorbenen Kollegen Kerkhauer einen warmen Nachruf und gab hierauf einen kurzen Rückblick auf das verfloßene Vereinsjahr. Kollege Dachs erstattete Bericht über den Stand der Kasse, der mit Befriedigung aufgenommen wurde. Der Vorsitzende dankte dann dem Kassierer, der diesen Posten schon zehn Jahre bekleidet, für seine Mühewaltung während der langen Jahre. Die Vorstandschafft wurde per Akklamation (mit Ausnahme des Bibliothekars) wiedergewählt. — Den auswärtigen Kollegen möge zur Kenntnis dienen, daß unfre kleine Mitgliedschaft neuer auf ihr zehnjähriges Bestehen zurückblicken kann. Dieser Gedenktag soll im Juni in Gestalt einer Bezirksjohannisfeier festlich begangen werden. Wir rufen heute schon unsern Kollegen ein „Seztlich Willkommen!“ in unsern so schön gelegenen Donaustädten zu.

Fulda. Nachdem der Ortsverein Fulda mehrere Jahre mit keinem Stiftungsfeste nicht mehr vor die große Öffentlichkeit getreten, machte man in diesem Jahr eine Ausnahme und beging das 15. Stiftungsfest am 8. Februar in den Räumen des „Parkhotels“ durch eine größere Feierlichkeit. In seiner Begrüßungsansprache konnte Bezirksvorsitzender Hiltbrand eine sehr zahlreiche Teilnehmerzahl herzlich willkommen heißen, jedenfalls ein Beweis dafür, daß man dem Ortsvereine Fulda und somit dem Verbands der Deutschen Buchdrucker in weiten Kreisen Fuldas Sympathie entgegenbringt. Unfre Mitglieder waren fast vollständig erschienen. In bereden Worten führte Redner den Anwesenden den § 1 unfres Statuts vor Augen und betonte, daß man immer und jeberzeit daran festhalten werde. Nachdem er noch die segensreichen Unterfrüfungseinrichtungen in unsern Verbänden besuchte, schloß Redner mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf unfre Organisation. Das Programm war dank dem Entgegenkommen von vielen Seiten ein außerordentlich reichhaltiges. Ein Preisquadranten sowie ein Ball beschlossen die in allen Teilen wohlgeleitete Feier. Mit Stolz kann die „Typographia“ Fulda auf das 15. Stiftungsfest zurückblicken. Allen denen aber, die zum guten Verlaufe des Festes beigetragen haben, sei auch an dieser Stelle der wärmste Dank ausgesprochen. Die Druckfachen wurden in der Fuldaer Aktiendruckerei hergestellt und in dankenswerter Weise gratis geliefert.

Samburg. (Verein der in Schriftgiebereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.) In der am 28. Januar stattgehabten Generalversammlung legte der Kassierer über die Kassenbuchführung Rechnung ab. Der Bericht ergab infolge der im verfloßenen Jahr an die Kasse gestellten hohen Anforderungen ein ganz beträchtliches Defizit. Mit Worten des Dankes für die gute Verwaltung der Kasse wurde dem eine Wiederwahl absetzenden Kassierer Decharge erteilt. In übrigen wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Bevor die Wahlen vorgenommen wurden, ließ der Vorsitzende die wichtigsten Begebenheiten des abgelaufenen Geschäftsjahrs Revue passieren, die Arbeitslosigkeit, deren Ursachen und Wirkungen, und den fünften deutschen Schriftgieberkongreß besonders

hervorheben. Nach Verlesung des letzten Rundschreibens der Zentralkommission setzte eine von großem Interesse für unsre gewerkschaftlichen Angelegenheiten zeugende lebhaft Diskussions ein. Die Fassung der Zentralkommission wurde gebilligt. Der auf Samsburg entfallende Teil zur Bedeckung der Kongresskosten wurde bewilligt und als Mitglied der Technischen Kommission Kollege Hausmann gewählt. Eingangs der Versammlung ehrte diese das Andenken des verstorbenen Gießerinvaliden J. Sohn und des Kollegen L. Rehdäuser. Den Ausführungen des Vorsitzenden über die in Leipzig stattfindende Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik folgten die Anwesenden mit großem Interesse. Der Punkt „Verschiedenes“ brachte eine umfangreiche Aussprache über die in den letzten Jahren sich immer ungünstiger gestaltenden Arbeitsverhältnisse in der Firma J. Sohn Söhne. Die stehende Mißbilligung der dort beschäftigten Kollegen hat ihren hauptsächlichsten Grund in der ungleichen Ein- und Verteilung der Arbeiten, Überachtlung der bundesrätlichen Bestimmungen bei Vornahme der Schmelze, in der nichtschamämißlichen Kontrolle und der Entlassung aus den wichtigsten Gründen. Am Schlusse der Versammlung wurden die Kollegen im eignen Interesse ersucht, der Aufforderung des Verbandsvorstandes betreffs Einziehung von Erhöhungen vor Konditionswechsel mehr Beachtung zu schenken. Die Versammlung war gut beschaffen.

H. Kraw-Wittensteig. Die Generalversammlung unsres Ortsvereins am 31. Januar hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Rehdäuser. Der Vorsitzende gab nach Erledigung verschiedener Eingänge den Jahresbericht. Dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß der Stand der Kasse augenblicklich ein sehr guter ist. Dem Kassierer wurde darauf Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl ergab die per Akklamation erfolgte Wiederwahl des Vorsitzenden May (Kraw) und des Kassierers Redt (Wittensteig). Infolge Abreise des bisherigen Schriftführers wurde eine Ersatzwahl vorgenommen. Nachdem noch einige interne Punkte erledigt waren, schloß der Vorsitzende mit Worten des Dankes für den scheidenden Schriftführer, Kollegen Singer (Wittensteig), im besonderen und der Kollegen für ihre Mitarbeit im allgemeinen die Versammlung. — Der Ortsverein beauftragte sich am 2. Februar (1. Februar) fast vollständig an der in Pforzheim abgehaltenen Bezirksversammlung.

Körsin. Am 7. Februar fand unter zahlreicher Beteiligung der Kollegen unsre Generalversammlung statt. Als Vorsitzender wurde bei der Vorstandswahl Kollege Säuberlich einstimmig gewählt, nachdem der bisherige Vorsitzende, Kollege Bester, eine Wiederwahl abgelehnt hatte. Als Kassierer wurde Kollege Gallas wiedergewählt, ebenso auch der Schriftführer. Alle drei nahmen die Wahl an. Hierauf wurde die übrige Tagesordnung erledigt.

Offenbach a. M. Verein aller in den Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.) Unsre am 9. Februar abgehaltene Jahresversammlung erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Nach Bekanngabe der geschäftlichen Mitteilungen folgte der Jahresbericht des Vorstandes. Der Kassenbericht wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Bei der Vorstandswahl wurde der ganze Vorstand, außer dem Kassierer, neu gewählt, als Vorsitzender Kollege D. Klobokor. Der § 9 unsres Statuts wurde dahin abgeändert, daß es in bezug auf Arbeitslosenunterstützung heißt: „Die Unterstützung kann (statt sechs) zehn Wochen dauern“. Betreffs eines Schreibens der Typographischen Gesellschaft wegen Verteilens von Plakaten der in diesem Jahr in Leipzig stattfindenden Buchgewerbeausstellung wurde beschloffen, dem Bezirksvorstande die Bestellung zu überlassen und sich rege an der Verteilung zu beteiligen. Nachdem dem scheidenden Vorsitzenden J. Krämer, der aus Gesundheitsrücksichten sowie infolge Verziehens von Offenbach eine Wiederwahl unter allen Umständen ablehnte, der Dank für seine langjährige Tätigkeit ausgesprochen, erfolgte Schluß. — In der am 4. Januar abgehaltenen Versammlung wurde beschloffen, die von der Zentralkommission geforderte einmalige Strafsteuer von 2 Mk. pro Mitglied aus der Vereinskasse zu entnehmen.

Pöfen. Der Maschinenerverein für den Bezirk Pöfen hielt am 8. Februar seine Generalversammlung ab. In seinem Jahresbericht streifte der Vorsitzende u. a. die Artikelhefte in der „Zeitschrift“ gegen die Maschinenhefte, dabei auch örtliche Verhältnisse wenig erfreulicher Art berührend. Die Vorstandswahl ergab einen Wechsel in der Person des Kassierers und des Schriftführers. Zum Kassierer wurde Kollege Stefs gewählt. Eine anregende technische Aussprache bildete den Schluß der Versammlung.

Regensburg. (Bezirksmaschinenmeisterklub. — Halbjahrsbericht.) Am 12. Juli fand eine außerordentliche Generalversammlung statt, die sich hauptsächlich mit den Anträgen der Zentralkommission auf Erhöhung des Beitrags und Ertragsunterstützung befahte. Ersterer wurde zugestimmt und unser Beitrag von 5 auf 10 Pf. ab 1. August erhöht, worauf drei Regensburger Mitglieder ihren Austritt erklärten. Erfreulicherweise ist zu konstatieren, daß seitens auswärtiger Mitglieder kein Austritt erfolgte. Der Ertragsunterstützung stimmten nach dem Vorgang die meisten Vereine, auch wir in der Versammlung vom 11. Oktober, zu. — Die Beteiligung an dem im Herbst veranstalteten Tonfarbenschulung hatte reger sein können. Der Firma M. Huber, Farbenfabrik (München), die uns die Farben gratis zur Verfügung stellte, sei auch an dieser Stelle der beste Dank zum Ausdruck gebracht. Zum Besuche der Buchgewerbeausstellung in Leipzig (Mingsten 1914) hat sich ein kleiner Teil unsrer Mitglieder entschloffen. Hoffentlich wird die Teilnehmerzahl noch größer

werden. Die Bewertung über die eingegangenen Entwürfe zu unsrer Neujahrskarte 1914 hatte in lebenswüirdiger Weise die Typographische Gesellschaft Landsbut übernommen. — Unsre ordentliche Generalversammlung brachte einen sehr interessanten Vortrag des Herrn Ingenieurs P. Gahner: „Die Elektrizität im Dienste des Buchdruckers“, der speziell für Maschinenmeister viel des Interessanten und Lehrreichen bot. Die Bezirksversammlung findet dieses Jahr am 9. August in Straubing statt. Bei der Wahl wurde der alte Vorstand, mit Ausnahme des Schriftführers und eines Revisoren, einstimmig wiedergewählt.

-o- Straßburg i. E. Die Generalversammlung unsres Bezirks fand am 8. Februar statt. Sie hatte sich eines verhältnismäßig guten Besuchs zu erfreuen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte unser Vorsitzender Kallinich der im verfloffenen Halbjahre verstorbenen Kollegen Binchinat, Guth, Banz, Heinrich Stephan und Bauer. Auch dem verstorbenen Kollegen Rehdäuser widmete er einige, dessen Verdienste um Verband und Tarifgemeinschaft würdigende Worte. Die Versammlung ehrte das Andenken der Verstorbenen in der üblichen Weise. Des weitern fand der Vorsitzende warme Worte der Anerkennung und Freude für das treue Zusammenhalten der österreichischen Kollegen in ihrem gerechten Kampfe. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten schritt die Versammlung zur Annahme des Jahres- und Rechenschaftsberichts, die beide gedruckt in Händen der Kollegen waren. Irgendwelche Einwendungen wurden nicht gemacht und die Tätigkeit des Vorstandes im vergangenen Jahre wurde gutgeheißen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf vollzog sich die Neuwahl des Vorstandes; sie zeitigte die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder, mit Ausschluß eines schon vor einiger Zeit zurückgetretenen Besitzers, an dessen Stelle eine Neuwahl vorgenommen wurde. Auch in der Bezeichnung der übrigen Funktionen trafen nur unwesentliche Änderungen ein. Zur Abhaltung von Vorträgen und zur Neuananschaffung von Büchern für die Bibliothek wurde die jedes Jahr übliche Summe bewilligt und der Bibliothekskommission die Ermächtigung erteilt, das Sachverzeichnis neu drucken zu lassen. Hierauf gab Kollege Schira einen kurzen Bericht über die im Gewerkschaftskartelle verhandelten Angelegenheiten, wobei er besonders bedauerte, daß bei den in letzter Zeit stattgehabten sozialen Wahlen die organisierte Arbeiterchaft nicht genügend ihrer Pflicht nachgekommen sei. Ganz besonders wies er, wie dies auch bereits vom Vorsitzenden geschehen, auf den von der Stadtverwaltung ausgearbeiteten Entwurf zur wesentlichen Verschlechterung der städtischen Arbeitslosenversicherung hin, und gab die Versicherung, daß das Kartell alles daran setzen werde, um zu verhindern, daß dieser Entwurf Gesetzeskraft erlange, was von der Versammlung mit Genehmigung aufgenommen wurde. Nachdem unter Punkt „Verschiedenes“ noch einige interne Sachen erledigt worden waren, konnte der Vorsitzende die recht anregend verlaufene Versammlung schließen. Es sei hier noch der Wunsch ausgesprochen, daß sich der Versammlungsbesuch und der Verlauf der Versammlungen dauernd auf der gegenwärtigen Höhe erhalten mögen, da dies im Interesse des Verbandes notwendig ist und auch die Arbeitsfreudigkeit des Vorstandes wesentlich stärkt.

F. Weimar. Unsre Generalversammlung am 7. Februar erfreute sich eines guten Besuchs. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, widmete der Vorsitzende den verstorbenen Kollegen Rehdäuser und Nicpel ehrende Worte, und die Versammlung ehrte ihr Andenken in üblicher Weise. Nach Erstattung des Jahres- und Kassenberichts erfolgte die Vorstandswahl. Sämtliche Vorstandsmglieder wurden per Akklamation wiedergewählt. Nach Erledigung einiger Interna und einem Appell an die Mitglieder, in Zukunft die Versammlungen recht rege zu besuchen, schloß die Generalversammlung.

Bernigerode a. S. Die am 7. Februar abgehaltene Versammlung hatte leider einen schwachen Besuch aufzuweisen. Der Vorstand hatte infolge des Antrags, den Ortsbeitrag zu erhöhen, einen bessern Besuch erwartet. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, gedachte der Vorsitzende Clemens zunächst des Ablebens des verstorbenen Kollegen Siebel und des früheren „Korr.“-Redakteurs Kollegen Rehdäuser, deren Andenken in der üblichen Weise geehrt wurde. Die „Geschäftlichen Mitteilungen“ hatten meist lokalen Charakter. Hieran schloß sich ein Antrag auf Erhöhung des Ortsbeitrags von 10 auf 15 Pf. nach der Begründung durch den Vorsitzenden entwickelte sich eine anregende Diskussion. Die hierauf vorgenommene Abstimmung ergab die Annahme des Antrags gegen wenige Stimmen. Die Erhöhung tritt mit dem 1. März in Kraft. Den „Kartellbericht“ gab in ausführlicher Weise Kollege H. Keffel. Unter „Verschiedenem“ lagen interne Sachen zur Erledigung vor.

o o o o o Rundschau o o o o o

Zum Besuche der Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig durch die Kollegenschaft. Wie die Leser des „Korr.“ aus dem Inferantenil usw. schon mehrmals erleben konnten, hat der Verein Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießereigebilden vorläufig zwei größere Veranstaltungen oder sogenannte Kollegentage während der diesjährigen Leipziger Weltausstellung in Aussicht genommen. Die erste Veranstaltung findet am 18. Juli (Sonntag) als Sommer in der „Alberthalle“ und am 19. Juli (Sonntag) mit einem Besuche der Ausstellung statt; die zweite Veranstaltung ist auf den 15. bis 17. August festgesetzt, für die ersten beiden Tage in gleichen Rahmen wie der Kollegentag im Juli, während für Montag, den 17. August, noch ein Konzert der Kollegengefangenen

von Wien und Leipzig hinzukommt. Dieses Programm sieht also für die Pfingstfeierfrage (31. Mai und 1. Juni) keine offizielle Veranstaltung durch den Leipziger Gauverein vor, und zwar aus folgenden Gründen: Der Fremdenzufluß nach Leipzig wird über die Pfingstfeierfrage ein so großer werden, daß es für die Leipziger Kollegenschaft geradezu unmöglich sein dürfte, im Sinn und Her dieser allgemeinen Völkerwanderung der Kollegenschaft etwas Wirbvolles und auf Lebenszeit in der Erinnerung der Besucher Bleibendes zu bieten. Dazu kommt, daß die deutschen Maschinenmeisterkollegen, der Initiative ihrer Zentralkommission folgend, für die Pfingsttage einen großen Maschinenmeistertag geplant haben, und da wäre es kaum zu vermeiden, daß allgemeine große Veranstaltungen sich störend bemerkbar machen würden. Ganz anders liegt es dagegen mit den oben erwähnten allgemeinen Kollegentagen. Da wird es sich die Leipziger Kollegenschaft große Opfer kosten lassen, ihren Gästen und Freunden von fern und nah zu zeigen, daß die Leipziger Buchdrucker nicht nur erhabende Feste zu feiern verstehen, sondern auch gewillt sind, Pflichten der Kollegialität zu übernehmen, die es unsern Arbeitsbrüder aus allen Richtungen der Windrose nicht leicht machen werden, wieder von hier zu scheiden. Gewiß werden viele Hunderte von Kollegen nicht imstande sein, ihre schon geplante Reise nach der Leipziger Weltausstellung auf einen der oben angelegten Kollegentage zu konzentrieren, das bedauert niemand mehr als die Leipziger Kollegenschaft selbst; aber hier heißt es, sich eben mit den Verhältnissen, wie sie nun einmal sind und nicht wie sie sein sollten, abfinden, wenn es auch noch so schwer fällt. Sedenfalls wird es sich die Leipziger Kollegenschaft auch letzten Kollegen gegenüber nicht nehmen lassen, ihnen den Aufenthalt in Leipzig so angenehm wie nur irgend möglich zu machen; darauf kann sich jeder verlassen, der zu uns gehört und sich rechtzeitig an den von der Leipziger Kollegenschaft für diesen Zweck eingehenden Ausschuss wendet. Ein berechtigter Wunsch dieses Ausschusses ist es jedoch, daß seine Bemühungen zur geordneten Durchführung seiner schönen kollegialen Aufgaben auch von der Kollegenschaft im Lande Verständnis und Beachtung finden. Dazu gehört insbesondere, daß alle Bestellungen auf Wohnung, Verpflegung und Führung so frühzeitig und so deutlich wie möglich an den Vorsitzenden des Ausschusses, den Kollegen Leopold Seffelbarth, Leipzig, Brüderstraße 9 (Bereitsbureau), gerichtet werden. Bezüglich der Bestellungen auf Wohnungen wird gebeten, so weit es möglich ist, vor dem 1. April daran zu denken, damit die Berücksichtigung der Wünsche im Interesse der Besucher selbst zufriedenstellend erfolgen kann. Wenn so ein Teil dem andern entgegenkommt, dann werden sicherlich die Leipziger Kollegen stolz darauf sein und nichts verkümmern, was zu tun möglich ist zur Etre echter Buchdruckerkollegialität.

Stünzig Jubiläre. Der Seltenheit halber geben wir ausnahmsweise davon Kenntnis, daß sich in den letzten Tagen die Zahl derjenigen Arbeiter, die auf eine 25jährige Tätigkeit in der Buchdruckerei von E. Baensch jun. in Magdeburg zurückblicken können, auf 50 aufzunehme.

Der Würder des Kollegen Solinger vor Gericht. Am 25. Februar begann vor den Geschworenen in Leitmeritz (Böhmen) der auf mehrere Tage angelegte Prozeß gegen den vielfach schwer vorbestraften Berliner Streikbrecheragenten und Polizeispittel Keilung, der den Vertrauensmann unsrer Kollegen in Tscheln, den Maschinenmeister Solinger, in Ausübung seiner gewerkschaftlichen Pflicht als Streikposten erschossen hat. Die Anklage lautet auf Mord. Der Streikbrecheragent und Mörder wurde von dem Leitmeritzer Rechtsanwalt Glämer verteidigt. Die Hinterbliebenen des Kollegen Solinger haben sich dem öffentlichen Strafverfahren angeschlossen, insofern sie neben dem Staatsanwalt noch ein Rechtsanwalt, und zwar Dr. Knipfmacher, die Anklage vertreten. Das Urteil war uns bei Abschluß dieser Nummer noch nicht bekannt.

Bestrafter Verbandschaffensmarder. Der unsern Lesern aus mehreren früheren Mitteilungen an dieser Stelle wohl noch bekannte Schwindler Arnold Guth aus Prag, der in den Jahren 1911 und 1912 unsern Verband durch eine ganze Anzahl teils gefälschter, teils gestobener Mitgliedsbücher zu betrügen wußte, wurde vor kurzem von der Strafammer in Halle zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Arbeiterverrat. Aus einem heben in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Zirkular eines Sekretärs des christlichen Keramarbeiterverbandes, namens Richard Schwarz, geht hervor, daß dieser einem Internenher in Esch, der seine sämtlichen früheren Arbeiter, die im Zentralverbande der Keramarbeiter organisiert waren, wegen ihrer Forderung auf Abschluß eines Tarifvertrags entlassen hat, christliche Arbeitswillige zu vermitteln sucht. Damit ist wieder ein neuer aktenmäßiger Beweis dafür erbracht, daß es in christlichen Gewerkschaften so etwas wie Arbeiter-Solidarität nicht gibt, nicht einmal auf Gebieten, die mit Organisationsfragen gar nichts zu tun haben, sondern lediglich wirtschaftliche Interessen berühren.

Wie Unfälle entstehen! Kürzlich kam in einer deutschen Kohlengrube ein Steiger unter nachstürzende Kohlenmassen und erstickte. Er hatte einen streng verbotenen gefährlichen Eingriff in einen Kolkkasten unternommen und mußte dies mit dem Leben büßen. Nach dem Buchstaben der Gebete und den Absichten des heiligen Bureaustrafismus hat der Mann seinen tödlichen Unfall selbst verschuldet, und wenn seine Hinterbliebenen frohdem aus der zukünftigen Knappschaftskasse unterstützt werden, so können sie nur von Glück aber nicht von „Recht“ reden. Und doch spielen bei dem vorliegenden Unglücksfalle ganz besondere Vorhommisse eine Rolle, die zwar nicht äußerlich, um so mehr aber innerlich für den Berunglückten von größter Bedeutung gewesen sein müssen. Wie kam der Steiger dazu; er wußte

(Fortsetzung in der Beilage.)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 25 — Leipzig, den 28. Februar 1914

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

doch, daß die Gefahr so außerordentlich groß war? Nun, der Betriebsführer war am Tage vorher angefahren und hatte den Steiger angelchnauzt: Sie und Ihr ganzes Revier schläft wohl? Wenn Sie morgen nicht mehr Kohle liefern, jage ich Sie aus dem Loche raus! Das wäre geschehen! Schon einmal war dem Steiger das Revier abgenommen; das zweifeln Sie zu erwarten. Er ging deshalb eher in den Tod, als daß er als Familienvater seine Arbeit verlor. Nun ist der Mann tot und die Wisten der zuständigen Genossenschaft sind um einen Fall „selbstverschuldeter“ Anfälle reicher.

Ernährungsprämie für Nahrungsmittelfälscher. In Berichten der Tagespresse über eine Mitgliederversammlung der Freien Metzgerinnung in Grevenbroich heißt es u. a.: „Dem wegen Nahrungsmittelfälschung bestraften Metzger Sprahl aus Hochneukirch wurden 100 Mk. Zuschuß zu den Prozesskosten bewilligt...“ Dieser Zuschuß findet nach einem Bericht in der „Allgemeinen Fleischerzeitung“ vom 23. d. M. keine Befälligung. Das Vorgehen der Freien Metzgerinnung muß als Skandalös bezeichnet werden. Alle ehrlich und reell arbeitenden Fleischermeister und besonders das Publikum hat ein großes Interesse daran, daß solche Nahrungsmittelfälscher haltgestellt werden. Hier erleben wir es, daß eine Innung einen solchen moralisch und finanziell unterstützt.

Juristische Unterdrückung der Wahrheit. Gelegentlich des vorjährigen Werksarbeiterstreiks in Steffin wurde in einer Versammlung der Streikenden an den Referenten die Frage gerichtet, wie man gewisse drei Leute zu bezeichnen habe, die aus Hamburg nach Steffin gekommen seien, und, obwohl sie wußten, daß auf dem „Vulkan“ in Steffin gestreift werde, Arbeit annahmen. Der Referent antwortete, diese Leute seien als Streikbrecher zu bezeichnen. Dieser Zwischenfall wurde nachher in einem Versammlungsberichte kurz erwähnt, worauf die in Frage kommenden Streikbrecher gegen den betreffenden Referenten und den Redakteur der Zeitung, die den Versammlungsbericht gebracht hatte, Strafantrag wegen öffentlicher Beleidigung stellten. Das Schöffengericht Berlin-Mitte sprach die Angeklagten frei. Auf eingelegte Berufung der Privatkläger hatte sich nun das Landgericht I Berlin mit der Sache nochmals zu befassen. Nach längerer Verhandlung und Beratung hob dieser Gerichtshof das freisprechende Urteil auf und erkannte auf je 30 Mk. Strafe. Der Vorsitzende bemerkte in der Urteilsbegründung: Wenn auch der Streik als wilder, von der Gewerkschaft nicht anerkannt anzusehen war, so sei das Wort Streikbrecher in Arbeiterkreisen auf alle Fälle eine der schwersten Beleidigungen. Der Gerichtshof ist nicht der Ansicht, daß die Angeklagten die Absicht der Beleidigung hatten, zweifellos aber haben sie das Bewußtsein der Beleidigung gehabt, die schon in der Anfrage gelegen habe. Dieses Urteil mag juristisch stichhaltig sein, vom moralischen Standpunkt aus kann es jedoch keine Anerkennung finden. Denn wohl ist es richtig, daß das Wort Streikbrecher im allgemeinen als eine schwere Beleidigung in Arbeiterkreisen empfunden wird, weil es eben die Kennzeichnung einer verächtlichen Handlung, die ungenügend mit dem Landesverrat auf politischem Gebiet auf gleicher Stufe steht, ist. Diesen innerlich tief beleidigenden Charakter hat jedoch das Wort Streikbrecher nur dann, wenn es sich auf Personen bezieht, die bis zum Augenblick ihrer Streikbrecherei in Reih und Glied der Streikenden standen, und dann aber als Verräter ihrer vorherigen Kameraden den wirtschaftlichen Gegnern der Letztern zu Hilfe kamen. Für solche Elemente gilt das Prädikat Streikbrecher in Wahrheit mit keiner größten Schande. Für Personen aber, die von vornherein sich gar nicht zu den Streikenden gesöhlt haben, ihnen sogar, wie die Kläger im vorliegenden Prozeß, als „Wölfe“ in organisierter Feindschaft gegenüberstanden, entbehrt die Bezeichnung „Streikbrecher“ des tiefsten sittlichen Kriteriums; es müßte denn sein, daß sie selbst das Gefühl haben, ihre Handlungsweise sei eine schändliche. Geht ihnen aber dieses Gefühl und stehen sie sogar auf dem Standpunkte, daß ihr Verhalten ein „staatsverhaltendes“, ein „wirtschaftsfeindliches“ ist, dann kann für sie auch die Bezeichnung Streikbrecher gar keine Beleidigung enthalten. Für die Streikenden, die sie mit ihrer Handlung schwer geschädigt haben können, gelten solche Streikbrecher selbstverständlich als Feinde. Das waren sie aber auch schon vorher, ehe der Streikbruch stattfand. So wenig ein vernünftiger Mensch von den Richtern erwartet, daß sie ihre Gegner als Freunde behandeln, sollte man das auch den Streikenden nicht zumuten. Das wird aber von den Letztern verlangt, wenn man von ihnen fordert, daß sie Streikbrecher nicht als Streikbrecher bezeichnen, andernfalls sie gestraft werden. So zeigt sich in diesem Urteil eine Tendenz, die infolge vollständiger Verkenntung der verschiedenen Gesichtspunkte, von denen aus man den Begriff Streikbrecher zu bewerten hat, als eine juristische Unterdrückung der Wahrheit zu bedauern ist. Und so lange eine solche Rechtsprechung nicht in vernünftiger Weise korrigiert ist, wird man gut tun, die Streikbrecher, die den Erfolg eines Streiks durch irgendwelche Dienste für die Gegner der Streikenden gebrochen oder geschwächt haben, vorläufig nicht mehr als Streik-

brecher, sondern als „staatsverhaltende Elemente“ oder „Nohelfer“ zu bezeichnen.

Dom „Seger“ der Einfuhrscheine. Durch ein Gesetz vom 27. April 1894, das schon seit beinahe 20 Jahren, wird bestimmt, daß jeder, der mindestens zehn Zentner Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Müllensrüchte, Raps und Aüben oder sogenannte Mühlen- und Mälzereifabrikate ausführt, einen Einfuhrschein beanspruchen kann. Ein solcher Schein gibt ihm das Recht, für das ausgeführte nicht nur wieder irgendwelches andre Getreide bis zum gleichen Zollbetrage zollfrei einzuführen, sondern mit solchen Einfuhrscheinen den Zoll zu bezahlen, der für die Einfuhr von allerlei Nahrungsmitteln und Gewürzen, Petroleum, Kaffee, Tee, Reis, Heringe, Kakaobohnen und -schalen, Süßfrüchten, Olivenöl, Tran, Schmierölen usw. in das deutsche Zollgebiet verlangt wird. Dadurch sind die Einfuhrscheine zu Ausfuhrprämien geworden, die in der Hauptsache nur dem getreidebauenden Großgrundbesitzer im Osten Deutschlands zugute kommen. Denn durch diese Einfuhrscheine macht der deutsche Großgrundbesitzer einen höheren Profit, wenn er sein Getreide ins Ausland führt, als es im Inlande zu verkaufen; außerdem sind die Einfuhrscheine infolge ihrer Übertragbarkeit auf andre zollpflichtige Einfuhrartikel zu verkäuflichen Börsenpapieren mit 1 bis 3 Proz. Abschlag geworden. Dadurch ist die Getreideausfuhr aus dem Osten Deutschlands außerordentlich gefördert worden; Roggen und Hafer haben sogar in der Ausfuhr die Einfuhr längst überflügelt. Das hatte zur Folge, daß die Großgrundbesitzer im Osten einen zeitweiligen Preisdruck auf den östlichen Märkten infolge Überproduktion leichter überwinden können und den vollen Zollrückgang einstecken, während die Staatskasse um den Betrag der Einfuhrscheine zu kurz kam und außerdem das Getreide im Inlande um den Zollbetrag veräußert wird. Doch nicht nur dieses. Auch die deutsche Mühlenindustrie leidet unter diesen Umständen ganz besonders. Denn durch die Einfuhrscheine kann das Getreide billiger ins Ausland geliefert werden, dort wird es vermehren und kommt zum Teil in Mehlsform wieder nach Deutschland zurück. Dies Einfuhrscheinstrom begünstigt also die ausländische Mühlenindustrie auf Kosten der einheimischen. Besonders in den Grenzgebieten leiden die Mühlenunternehmungen unter diesen Umständen. So berichtet eine der größten ostpreussischen Gesellschaften, die Königsberger Walzmühle: Das Jahr 1913 war wiederum für die ostpreussische Roggenmüllerei wenig günstig. Der andauernde Export des Roggens über die trockene, russische Grenze hält den hiesigen Marktpreis über dem Niveau des Verkaufspreises nach dem Westen und reduziert das dem hiesigen Marke zur Verfügung stehende Material von Jahr zu Jahr mehr. Trotz der (nach Statistik des Deutschen Landwirtschaftsrats) im Jahre 1913 erzielten Rekordmengen in Roggen belaufen sich die Zufuhren an den Königsberger Markt vom 1. August bis 31. Dezember nur auf 35 380 Tonnen Roggen, gegen 81 268 Tonnen Roggen im gleichen Zeitraum 1912, 105 830 Tonnen Roggen im gleichen Zeitraum 1911. Dieser Rückgang ist eine treffliche Illustration der Wirkung unseres Einfuhrscheinstroms. Es ist zu hoffen, daß die Einführung des geplanten Roggenzollens in Russland, wo ein Mehlsoll schon besteht, das Aufheben des Roggenexportes über die trockene Grenze herbeiführt. Die sich immer mehr geltend machende Entleerung des hiesigen Roggenmarktes hat auch weitere Kreise des hiesigen Getreidehandels von der Schädlichkeit des Einfuhrscheinstroms überzeugt, die früher Anhänger von ihm waren. Man beginnt einzusehen, daß nicht nur der russische Roggen ausbleibt, sondern auch ein erheblicher Teil der ostpreussischen Ernte dem Königsberger Markt entzogen wird. Trotzdem gibt es aber bekanntlich in Deutschland noch viele und hochstehende Leute, die von einem Festhalten an unserer „bewährten Wirtschaftsordnung“ schreiben, reden und träumen.

Die deportierten südafrikanischen Arbeiterführer. Wie wir seinerzeit (Nr. 15) mitgeteilt hatten, wurden von der Regierung von Englisch-Südafrika neun Führer der damals ausständigen Arbeiter bei Nacht und Nebel verhaftet und sofort auf einen Dampfer gebracht, um nach England deportiert zu werden. Mittlerweile ist nun dieses Deportationschiff in einem Hafen des englischen Mutterlandes angekommen und die deportierten Gewerkschaftsführer wurden von den englischen Gewerkschaften mit einer für englische Verhältnisse geradezu staunenswerten Sympathieumgebung empfangen. In ganz England finden jetzt große Protestversammlungen statt, in denen die Gewerkschaftspolitik der südafrikanischen politischen Machthaber als eine unerhörte Verletzung des im ganzen englischen Weltreiche für jeden Engländer heiligen Heimatsrechts gebrandmarkt wird. Und es scheint nicht ausgeschlossen, daß daraus sehr schwere innere politische Verwicklungen entstehen, die besonders für die südafrikanische Regierung verhängnisvoll werden können.

Verschiedene Eingänge.

„Schweizer Graphische Mitteilungen.“ Halbmonatsschrift für das graphische Kunstgewerbe. Herausgegeben von August Müller in St. Gallen. 32. Jahrgang, 1913/14. Heft 12. Abonnementspreis 4,50 Mk. pro Jahrgang.

Gestorben.

In Bayreuth am 18. Februar der Seher Georg Büchner von dort, 21 Jahre alt.
In Celle am 18. Februar der Senlorcher der Chr. Hofmann-Steinbergischen Farbenfabriken, Herr Heinrich Steinberg, 73 Jahre alt.
In Durach bei Stempfen der Seher Ludwig Waldmann von dort — Tuberkulose.
In Friedberg bei Augsburg am 18. Februar der Buchdruckereibesitzer Anton Rathgeber, 43 Jahre alt.
In Linz am 14. Februar der Drucker Richard Zimmerling, 27 Jahre alt; am 16. Februar der Buchdrucker Walter Staudacher, 70 Jahre alt.
In Rheindt am 19. Februar der Seherinvalide Gustav Kraus, 58 Jahre alt — Lungenerkrankung.
In Rostock i. M. am 17. Februar der Seherinvalide Heinrich Peters, 83 Jahre alt.
In Stralsburg i. Ost. am 22. Februar der Seher August Merz, 36 Jahre alt — Herzschlag.
In Stuttgart am 23. Februar der Seher Christian Bürki, 40 Jahre alt.
In Wien am 12. Februar der Seher Johann Kremsler, 50 Jahre alt.

Briefkasten.

P. B. in Lüderichs: Die Ziffern entstanmen Ihren Angaben. Die Sache selbst ist zu nebensächlich, um nochmals darauf zurückzukommen. Freundl. Gruß! — M. 57: Da Ihr Prinzipal einem wissenschaftlichen Beruf entstammt, wird ihm die Befugnis zur Anleitung von Buchdruckerlehrlingen wohl schwerlich erteilt werden. Er müßte dann einen Gehilfen einstellen, der die Anleitungsbefugnis besitzt. — „A.“: Das Buch ist durch den Deutschen Buchgewerbeverein in Leipzig, Holzstraße 1, zu beziehen. — Fr. Sch. in G.: Ein Urteil wollen wir über dieses Plakat lieber nicht abgeben. Denn es wäre, um die Sache etwas schmählicher zu machen, eine ziemlich weisfällige Erklärung notwendig. Lassen wir es daher lieber in seiner ganzen Selbstankheit sowohl nach der Zeichnung wie nach der technischen Ausführung wirken, ohne uns sonst den Kopf darüber zu zerbrechen. Es ist einfach fürchterlich schön! — B. A. in De.: Ersuchen früher im Verlage der eingegangenen Firma Max Schmid in Leipzig; dürfte kaum mehr aufzutreiben sein.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseepfad 5 II.
Fernsprecher: Amt Fürstlich, Nr. 191.

Neufals a. O. Der Seher Georg Rädich, welcher Mai bis Dezember 1913 hier konditionierte, wird aufgefördert, bis 7. März zwei Reste sowie für eine Woche zwei bezogene Krankenunterstützung an den Kallierer B. Neumann, Karststraße, einzuliefern, andernfalls Ausschluss beantragt wird.

Adressveränderungen.

Beuthen (O.-S.). (Maschinenmeißerverein.) Vorsitzender: Joseph Popiolek („Ober-schlesische Zeitung“), Pinkaer Straße.

Böhmisch i. M. Vorsitzender: Albert Reinecke, Wasserstraße 118.

Königsberg i. Pr. (Maschinenmeißerverein für Ostpreußen.) Vorsitzender: W. Krakau, Bachstraße 11a II.
Quefingburg. (Maschinenmeißerverein.) Vorsitzender: S. Sorff, Weststraße 22.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse.)

In Gau An der Saale der Drucker Alexander Kammerer, geb. in Hamburg 1888, ausgel. dal. 1909; war noch nicht Mitglied. — Hugo König in Halle a. S., Kl. Klausstraße 7 I.

Im Gau Rheinland-Westfalen die Seher 1. Frh. Krüger, geb. in Bohwinkel 1893, ausgel. in Weller (Ruhr); 2. Wilhelm Schöneborn, geb. in Langenberg (Rheinland) 1893, ausgel. dal. 1911; 3. der Drucker Joseph Dresfick, geb. in Westhofen (Kreis Hörde) 1892, ausgel. dal. 1911; waren schon Mitglieder; die Seher 4. Chlodwig Rind, geb. in Traben-Trarbach (Mosel) 1895, ausgel. dal. 1913; 5. Thomas Schneider, geb. in Witkowitz (Böhmen) 1889, ausgel. in Düsseldorf 1907; waren noch nicht Mitglieder. — Emil Albrecht in Köln, Gereons-hof 28.

Im Gau Schleswig-Holstein der Seher Georg Gaack, geb. in Lippehe (Kreis Sölden) 1893, ausgel. dal. 1912; war noch nicht Mitglied. — Martin Prüter in Kiel, Schauenerstraße 34 III.

Arbeitslojenunterstützung.

Sauptverwaltung. Die verehrlichen Reisekasseverwalter werden gebeten, dem auf der Reise befindlichen

Geher Rudolf Schmalholz (Hauptbuchnummer 69083) Auftragsbuch und Reiselegitimation abzunehmen und beides der Hauptverwaltung einzusenden. Zu gleicher Zeit ist eine Adresse anzugeben, an die das Buch zurückgeschickt werden kann.

Verfallungskalender.

Wien (O.S.). Versammlung heute Sonnabend, den 28. Februar, abends 8 Uhr, im Vereinstokal, An der Promenade.
Berlin. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 1. März, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelberg 15.
Gülich (Hollfeld). Versammlung heute Sonnabend, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in „Stadt Altona“, Kirempferstraße.

Samburg. Maschinenlehreversammlung Sonntag, den 22. März, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
Stattowig. Maschinenmeistergeneralversammlung heute Sonnabend, den 28. Februar, abends 8 Uhr, in der „Deutschen Grotte“, Nikolaistraße.
Ruedlburg. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 1. März, vormittags 10 Uhr, im „Kaiser Friedrich“.
Stendal. Maschinenmeisterversammlung am Mittwoch, dem 4. März, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.
Stuttgart. Maschinenmeistergeneralversammlung Sonntag, abends, den 14. März, abends 8 Uhr.
Wiesbaden. Versammlung heute Sonnabend, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
Zwickau. Maschinenlehreversammlung Sonntag, den 8. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, im „Goldenen Becher“, äußere Leipziger Straße.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker
Berlin SW 48, Friedrichstraße 239
Briefadresse: z. B. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs

Bekanntmachung.

Der Schwebelrediger Richard Lenzer, bis Anfang Februar in Kassel tätig, wird zwecks Aufstellung eines Urteils des Schiedsgerichts um Angabe seiner Adresse ersucht.
Berlin, 23. Februar 1914.
Franz Brande, R. S. Giesecke, Prinzipalvorsitzender, Gehilfenvorsitzender, Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Warum behalten Sie Ihren Katarrh?

Warum quälen Sie sich jahraus, jahrein mit diesem für Sie und Ihre Mitmenschen ebenso lästigen, wie gefährlichen Zustände, der Sie vieler Genüsse beraubt. Ihnen beständig Sorge und dauernd Ausgaben verurteilt? Warum machen Sie es nicht wie Tausende Ihrer Leidensgefährten, die langjährige Dauerkatarrhe durch den Zancre'schen Inhalator nach kurzem, angenehmem Gebrauche glücklich losgeworden sind und lachend an die Zeit des ewigen Schnupfens, permanenten Räusperns, der raselnden Sprache, des pfeifenden Atmens, der stets heiseren Stimme, unausgesetzter Verschleimung und anderer ähnlicher Erscheinungen zurückdenken? Das sind noch die geringeren Übel dieser Art. Es müßte aber allen Katarrhkranken zum Bewußtsein gebracht werden, daß jeder dieser Symptome sich langsam zu einem bösen Spezialleiden auswachen kann. So unterscheidet man, je nachdem die virulente Brut der Katarrhbazillen (denn ihre Ursachen sind in der Tat meistens Infektionsheime) ihren Sitz haben. Kehlkopfkatarrh, Bronchialkatarrh, Nasen-, Rachen-, Luftröhrenkatarrh, Asthma, Empyem. Dieses sind sämtlich höchst gefährliche Zustände, welche die Betroffenen oft zu einer frühzeitigen Ausfertigung ihres Testaments bestimmen.

Doch so schwer auch diese Leiden sind, so wurden solche in zahlreichen Fällen vielfach durch den Original-Zancre-Inhalator beseitigt, teils so gebessert, daß sie ihre Schrecken für den Patienten verloren haben. Nach einem bekannten Auspruch ist es eine schwere Sünde am eignen Leibe, wenn man die segensreichen Erfindungen der Gegenwart nicht zur Erhaltung seiner Gesundheit nutzbar macht.

Sie werden schon oft unrechtfertiglichen über

dieses Thema gelesen haben; warum gehen Sie aber trotzdem mit Ihrem Katarrh achloslos daran vorbei? Wir wollen es Ihnen sagen. Sie haben aus irgendeinem Grund ein Vorurteil, Sie sollten dann aber einmal Ihren Arzt fragen über den altbewährten Zancre'schen Inhalator, der wird Ihnen sagen: den können Sie mit bester Aussicht auf Erfolg benutzen, denn 12000 Gutachten von Ärzten und Leidensgefährten bestätigen die erfolgreichen Wirkungen des Zancre'schen Inhalators.

Alle Bedenken, jeder Zweifel muß schwinden, wenn Sie folgendes lesen:

Ich litt über 25 Jahre an einem eiskalten Nasen- und Rachenkatarrh als Folgekrankheit der Influenza, in den letzten Jahren stellte sich Atemnot ein. Nach 14 tägigem Gebrauch Ihres Inhalators stellte sich schon ganz bedeutende Besserung ein, und nach langem, nach alle paar Tage wiederholendem Inhalieren bin ich vollständig gesund. Bei vorkommender Erkältung greife ich zu Ihrem Inhalator und löst sich alles rasch, und die Erhaltung ist nach ein paar Tagen gehoben. Ich kann einem jeden den Apparat aufs Beste empfehlen.

Burn (Bez. Bremen). Gemeindevorsteher G. Mariens.

Ihr Zancre'scher Inhalator hat mir in kurzer Zeit vorzüglichste Dienste geleistet. Ich hatte mir im Jahre 1910 bei Revision einer Schule in einem eiskalten Schulhaus eine schwere Rachen- und Nasenschleimhautentzündung zugezogen, die trotz Aufenthalts an der Nordsee bei der geringsten Erkältung wiederkehrte und mich des Stufenreizes wegen oft um die Nachtruhe brachte. Seitdem ich Ihren Inhalator gebrauchte, ist weder Schnupfen noch Katarrh wiedergekehrt, so daß ich in der Weihnachtswache des vergangenen Jahres 18 Reden ohne die geringste Anstrengung und ohne irgendwelche

Folgen halten konnte. Ich kann diesen Inhalator jedem Halsleidenden aufs wärmste empfehlen.
Linderode R. L. Pastor u. Hgl. Kreislichschulinspektor Anders.

Nur eins müssen Sie beachten, Sie müssen den echten Zancre'schen Inhalator, Modell B, bestellen und genau unsere Adresse Firma Karl A. Zancre, Wiesbaden D 37, schreiben; es gibt viele Nachahmungen, die minderwertig sind. Beachten Sie diesen Hinweis, der in Ihrem eignen Interesse liegt. Sie werden uns später dafür danken.

Der Original-Zancre'scher Inhalator kostet mit vollständiger Ausrüstung, einschließlich einer Glasche Inhalationsflüssigkeit, nur 8,85 Mk. gegen Nachnahme.

Ein Apparat genügt für viele Jahre, lassen Sie nicht wieder den heutigen Tag ungenutzt verstreichen und bestellen Sie sofort einen Apparat. Wenn Sie aber immer noch diesen oder jenen Zweifel haben, so lassen Sie sich kostenlos und unverbindlich unsere kleine Broschüre: „Die Kur im Hause“, kommen, mit welcher wir Ihnen eine Reihe Gutachten von zweifelsfreien Leuten senden, die den Zancre'schen Inhalator benutzen und deren Urteil ganz unparteiisch ist.

Firma Karl A. Zancre, Wiesbaden D 37.

Ich wünsche genaue Aufklärung über Ihr neues Inhalations-system. Es dürfen mir jedoch keine Kosten hierdurch entstehen.

Name und Stand: _____
Wohnort: _____
Genaue Adresse: _____
Im offenen Briefumschlage mit 3 Pf. frankieren.

Betriebsleiter gesucht!

Zum weiteren Ausbau unserer Druckerei wird ein zweiter Geschäftsführer gesucht, dem insbesondere der technische Betrieb (Setzung und Abzügen) unterstellt werden soll. Eintritt möglichst bald. Respektierende Kollegen, die schon in leitender Stellung waren, wollen ihre Bewerbungen mit Angaben ihrer bisherigen Tätigkeit und Gehaltsansprüchen bis zum 5. März einsenden.

Uniondruckerei G. m. b. H., Frankfurt a. M.

Tüchtiger Korrektor

schnell und zuverlässig arbeitend, in dauernde Stellung gesucht. Angebote mit Lohnansprüchen unter Nr. 314 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Faktor

gesucht mit Einlage von 6-8000 Mk. gegen Sicherstellung. Offerten unter Nr. 235 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Tüchtiger, in besserem Abzügendruck sowie an Lithographie erfahrener [306]

Maschinenmeister

sowie ein in Werk-, Illustrations- und Dreifarbenruck Vorzügliches leistender

Maschinenmeister

und ein solcher, der in Werk-, Platten- und Illustrationsdruck tüchtig und mit dem Anlageapparat „Univerfal“ durchaus vertraut ist, gesucht. Ausführliche Offerten erbeten

Paul Dünhaupt, Köstgen 1. 2nh.

Linotypsetzer, 31. Nr. 6. Ref. Bef.-Nr. 1. i. n. Süd- bayern, veränd. Off. u. Nr. 279a d. Geschl. d. Bl.

Berliner Korrektorenverein

Sonntag, den 8. März, abends 7 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Alexandrinenstraße 44:

Verammlung

Tagesordnung: 1. Neuaufnahmen; 2. Mitteilungen über die „Bugra“; 3. Vereinsangelegenheiten; 4. Sachliches; 5. Vortrag des Kollegen E. Freuhalt: „Ein verkannter Dichter“ (Der Vortrag beginnt 9 Uhr. Soweit Platz vorhanden ist, können Damen hierzu eingeführt werden.)
Am zahlreichsten und pünktlichsten Erscheinen erbeten. Der Vorstand.

Alleinverkauf für Deutschland: Coellns Fehlerbuch

Freier empfehle sämtliche Fachliteratur, Theaterstücke, humor. Vorträge. Kollege Mathaeus, Dessau.

Friedrichstr. 9 Leipzig Friedrichstr. 9
Empfehle laubere Belten von 50 Pf. an.
Paul Medam, alter Verkehrsverw.

Allschneidegezeugen

Sprecherstelle für alle aktiven und passiven Mitglieder. Preis 25 Pf. (auch in Briefmarken). Richard Groß, Schwerin i. M. 7, Mühlstraße 1.

Ein sturmerleber 30. er. Reiseb. 173 S., 1.10 Mk. fr. Voreinl. W. Lambert, Heilbronn, Hämmerlingsg.

Sprachen und Zeichen der Landstrafe

Eintragungsbuch für alle aktiven und passiven Mitglieder des Kollegen Gollinger. Beiträge eingegangen bis 26. Februar 1914.

Malen, Ortsverein	4,95
Berlin, Personal Dr. Renninger	4,00
Berlin, Ver. S. Waswili	2,20
Braunschw. B. S. Lauer & Co.	10,00
Breslau, M. M. Verein	10,00
Bunzlau, Ortsverein	9,95
Hannoversche, Ortsverein	2,95
Dresden, Ortsverein	30,00
Dresden, Gesamtkollegenschaft der „Dresdener Volkszeitung“	10,00
Eberwalde, Ortsverein	10,00
Essenberg, Ortsverein	2,95
Emden, Bezirksverein Ostfriesland	9,95
Essen, M. S. Verein	4,95
Güstenwalde, Ortsverein	9,95
Glogau, Ortsverein	9,95
M. M. Verein	5,00
Grünberg i. Schl., Ortsverein	10,00
Samburg, Buchdruckerverein	200,00
Samburg, Lieberkehl „Gutenberg“	20,00
M. S. Verein	20,00
Berl. M. Wente	11,00
Selbe i. S., Ortsverein	9,95
Niel, Albert Voh	3,00
Leipzig, M. M. Verein	10,00
Berl. Selbe Nachf.	3,75
M. M. Hallberg & Büchling	5,40
Fr. Weininger	2,00
die Mitgl. der „Kor.“ Redaktion	10,00
Hamburg i. Schl., Ortsverein	10,00
Meserich, Ortsverein	4,95
Wetz, Munsam und Gen.	14,00
Offenbach a. M., Bezirksverein	26,95
Plönberg, Ortsverein	4,95
Reichenbach i. N., Ortsverein	9,95
Schöneberg b. Berlin, S. Krebs	1,15
Schönningen, Ortsverein	5,00
Scherade, Ortsverein	4,95
Wittenberg, Ortsverein	4,95
Sollen, Bezirksverein	14,95

Mk. 539,45

Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik

Reipzig 1914

Der Verein Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergesellen hat vorläufig zwei größere Veranstaltungen (Kollegentage) während der Leipziger Weltausstellung in Aussicht genommen.

Die erste Veranstaltung findet im Juli mit folgendem Programm statt:
Sonabend, 18. Juli: Sommers in der „Alberthalle“.
Sonntag, 19. Juli: Besuch der Ausstellung.

Die zweite Veranstaltung im August wird folgenden Verlauf nehmen:
Sonabend, 15. August: Sommers in der „Alberthalle“.
Sonntag, 16. August: Besuch der Ausstellung.
Montag, 17. August: Konzert des Wiener und des Leipziger Kollegengangsvereins.

Auf diese Veranstaltungen werden die verehrlichen Gau-, Bezirks- und Ortsvorstände schon jetzt hingewiesen, um dementsprechend ihre Maßnahmen treffen zu können.

Zur Erledigung der notwendigen Vorarbeiten ist ein Ausschuss eingesetzt worden. Den auswärtigen Kollegen sowie auch den Sparvereinen, welche die „Bugra“ besuchen wollen, hiermit zur gefl. Kenntnisnahme, daß alle Bestellungen auf Wohnung, Verpflegung und Führung bis spätestens 1. April an den Vorsitzenden dieses Ausschusses, Kollegen Leopold Hesselbarth, Leipzig, Brüderstraße 9 (Vereinsbureau), zu richten sind. Die betreffenden Vereine haben jedoch die Garantie für die gemachten Bestellungen zu übernehmen.

Der Ausstellungsausschuss für die „Bugra“ in Leipzig 1914

Kollegen lernt Gabelsberger Stenographie!!!

Die Berechnung Stenographieunterrichter Fernkurzus und ladet die Kollegen, insbesondere Buchdrucker erdigen Mitte März einen neuen auch die von kleinen Druckorten, zur Teilnahme freundlich ein. Nähere Auskunft erteilt unser Unterrichtsleiter Kollege R. Kuch, Samu i. M., Feldstraße 64.

Meinck & Herold
Harmonikafabrik
Musikinstrumenten-Versand
Klingenthal (Schl.), 419
Inser vorzügliche Harmonikas
über 200 verschiedene, Nr. 2 Zithern v. M. 8.80, Gitarren v. M. 6.50, Geigen v. M. 4.00 an. Musikinstrumente, Klavierharmonien, Bandolone, Ocarinas etc.
Vanz. 18. April, einleuchtend, Deutsch, postfrei
Katalog an Jedermann frei

Der Buchdrucker **Karl Franke** geb. 29. Januar 1878 zu Raumburg a. S. wird wegen Todesfalls ersucht, seine Adresse anzugeben, Kollegen, die seinen Auktionsfall wissen, möchten mir dies bitte angeben. Karl Wetzel, Raumburg a. S., Gr. Salzgr. 39.

Am 22. Februar verschied nach kurzem Leiden unser werkes Mitglied, der Seher **August Merz** im Alter von 36 Jahren an Herzschlag. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm der Bezirksverein Straßburg.